

# Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“

<http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de>    [kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de](mailto:kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de)



## Presseerklärung

Donnerstag, 23. September 2004

### **Montagsdemo-Bündnis „Weg mit Hartz IV“ fordert von Berliner PDS öffentliche Beschäftigung zu Tariflöhnen statt 1-Euro-Jobs.**

**Das Berliner Montagsdemo-Bündnis „Weg mit Hartz IV“, dem neben der IG BAU, der IG Metall, Attac auch die PDS angehört, hat am 21.9.04 mit mehr als dreiviertel Mehrheit eine Resolution gegen die landespolitische Umsetzung von Hartz IV verabschiedet.**

**Darin wird der Berliner Senat aufgefordert, dass alle von Hartz IV betroffenen Mieter in ihren Wohnungen bleiben dürfen. Statt 1-Euro-Zwangsjobs einzuführen, werden tariflich bezahlte Beschäftigungsmaßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich gefordert.**

Dazu Michael Prütz, Sprecher der Initiative: „Die Heuchelei der PDS muss ein Ende haben. Es kann nicht angehen auf den Montagsdemos in der ersten Reihe zu marschieren und zugleich freiwillig ein 1-Euro-Zwangsjob einzuführen. Das ist ein scheinheiliger Spagat.“

Prütz erinnert daran, dass die PDS noch 2001 in ihrem Wahlprogramm „öffentlich geförderte Beschäftigung weiter entwickeln“ und die Förderzeiten verlängern wollte. Es ginge auch nicht darum, Bundesrecht zu brechen. Selbstverständlich sei es Aufgabe des Landes, den Betroffenen die Gelder auszuzahlen. Vielmehr, so Prütz, wolle die PDS keinen Konflikt mit dem Koalitionspartner SPD. „Um die Koalition zu retten, verrät die PDS wieder einmal die eigenen Prinzipien“, so Prütz.

Als „Kinderkrankheiten bei Hartz-Demos“ bezeichnete PDS-Pressesprecher Axel Hildebrandt die klare Resolution des Bündnisses. Dazu Prütz: „Die Bewegung gegen Hartz IV und die Demo am 2. Oktober werden nur erfolgreich sein, wenn das gemeinsame Ziel *Weg mit Hartz IV* glaubhaft vertreten werde. Gerade weil sich der Widerstand nach dem 2. Oktober in die Kommunen verlagern werde, ist und bleibt die PDS Adressat der Proteste.“

Die Initiative Volksbegehren hat die Mitarbeit der PDS im Bündnis immer begrüßt und die inhaltliche Debatte gesucht. Das wird auch so bleiben. Dazu Prütz: „Wenn die PDS für ihre *Agenda sozial* wirbt, nehmen wir die PDS gerne beim Wort. So fordert die PDS-Brandenburg, die eingesparten Gelder der Arbeitslosenhilfe in die Schaffung *tariflicher Arbeitsplätze* zu stecken. Von Zwangsjob kein Wort! Und in ihrer eigenen *Agenda sozial* fordert die PDS: *Die Entlohnung darf nicht das Niveau einer selbstständigen und sozial gesicherten Lebensführung unterschreiten.*“

**Weitere Infos:    Michael Prütz    0172-916.98.00**